

der arbeitsmarkt

der arbeitsmarkt | 06.05.2009 | Text: Christian Keller

«Unser Umgang mit den Spielzeugen der Marktwirtschaft ist quasi pubertär»

Der St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich tritt per Ende Semester in den Ruhestand. Ein Interview über den Wert der Arbeit, die Herrschaft des Marktes und die Zukunft der Arbeitergesellschaft.



Foto: Christian Keller

Herr Ulrich, warum arbeitet der Mensch überhaupt?

Peter Ulrich: Die meisten Menschen arbeiten aus drei Gründen: Wir leben in einem arbeitsteiligen Wirtschaftssystem, in dem wir Kaufkraft verdienen müssen, um die lebensnotwendigen Güter erwerben zu können. Das ist die Einkommensfunktion. Zum Zweiten ist die Arbeit, wenn wir ein wenig Glück haben im Berufsleben, ein Ort der Selbstverwirklichung, wo wir Fähigkeiten und Talente entfalten und erfahren können. Drittens ist die Arbeit eine Gelegenheit, uns als nützliches Mitglied der Gesellschaft zu bewähren. Das ist Voraussetzung für die Achtung und Anerkennung durch andere sowie für unsere Selbstachtung. Arbeit ist eine grundlegende humane Tätigkeitsform.

Verwandte Infos

Zur Person

Abschiedsvorlesung vom 5. Mai an der Universität St. Gallen

Und ein zunehmend knappes Gut.

Seit 250 Jahren steigern wir systematisch das Bruttosozialprodukt. Man nennt das in der Ökonomie Rationalisierung. Was aber rationalisiert wird, ist einzig die Zeit, die zur Erzeugung eines bestimmten Outputs benötigt wird. Dafür wird der Einsatz der menschlichen Arbeitszeit technologisch substituiert, heute durch Roboterisierung und Computerisierung. Diese Produktivitätssteigerung muss durch Mengenwachstum kompensiert werden, um die sogenannte Vollbeschäftigung aufrechterhalten zu können. In jüngster Zeit erleben wir immer öfter und augenfälliger Symptome einer Verkehrung von Zielen und Mitteln des wirtschaftlichen Fortschritts. Typischerweise haben im letzten Herbst die meisten Regierungen ihre Bürger aufgefordert, fleissig zu konsumieren, damit Arbeitsplätze erhalten werden konnten. Das war in der ökonomischen Logik einmal umgekehrt gedacht. Die Rationalisierung der Arbeit muss irgendwann wieder als Mittel für Zwecke verstanden werden, die ausserhalb der ökonomischen Logik liegen.

Wir arbeiten also nicht mehr, um zu leben, sondern wir leben, um zu arbeiten.

Ja, oder anders gesagt: Das Wirtschaften wird vom Mittel zur Gewährleistung einer guten Lebensqualität für möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft immer mehr zu einem marktwirtschaftlichen Selbstzweck, zum systemischen Eigensinn. Und dieser Eigensinn wird, je mehr er sich von den lebenspraktischen Bedürfnissen der

Menschen abkoppelt, zum totalen Unsinn.

Hat das Wirtschaftssystem die Herrschaft über uns übernommen?

Das könnte man so sagen. Wir erfahren das fast täglich in der symptomatischen Rhetorik von Wirtschaftsführern und Politikern, wenn sie von «Sachzwängen» reden. Sie sagen nicht: «Wir möchten, dass ...», sondern: «Der Standortwettbewerb zwingt uns, dies oder jenes zu tun, wir haben keine Wahl.» Längst dominiert dieser Modus des Müssens die Wirtschaftspolitik.

Für welche Werte lohnt es sich zu arbeiten, oder anders gefragt: Was müssten die Ziele des Wirtschaftens sein?

Ich würde zwei Gesichtspunkte unterscheiden. Zunächst geht es um die Lebensqualität freier, gleichberechtigter Bürger in einer wohlgeordneten bürgerlichen Gesellschaft, in der es Privatsache ist, welche Bedeutung der Einzelne seiner Arbeit beimisst und welchen Stellenwert die Erwerbsarbeit haben soll. Eine gute Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik müsste diese Freiräume auch im Arbeitsleben schaffen, indem sie den Bürgerinnen und Bürgern so viel Zeitsouveränität wie möglich verschafft. Die Arbeitsverhältnisse müssen flexibler werden, und zwar aus Sicht der Menschen, nicht der betriebswirtschaftlichen Logik, wie das üblicherweise gemeint ist. Die Sachzwanglogik des marktwirtschaftlichen Fortschritts kommt den humanen Anliegen immer öfter in die Quere. In den letzten zwanzig Jahren hat die Intensität des Arbeitslebens enorm zugenommen. Sie betrifft heute praktisch alle Berufssphären und immer mehr Ebenen, nicht mehr nur die Kader, die Hochqualifizierten, die Selbständigen, sondern zunehmend sämtliche Arbeitnehmer: Wir arbeiten immer härter und teilweise auch wieder länger.

Wie konnte es dazu kommen?

Der Grund ist der internationale Standortwettbewerb. Er zwingt uns, immer mehr Lebensenergie in die wirtschaftliche Produktion zu investieren, um im Wettbewerb mit kostengünstigeren Volkswirtschaften unseren Standard zu halten. Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten systematisch eine Wirtschaftspolitik betrieben, die primär der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit diene. Dafür wurde ein wachsender Leistungsdruck auf die arbeitstätige Bevölkerung in Kauf genommen mit der Folge, dass sich im genannten Zeitraum die soziale Schere innerhalb der Volkswirtschaften immer mehr geöffnet hat. Das hat teilweise dramatische Ausmasse angenommen, etwa in Deutschland, wo auf der einen Seite die hohen Einkommen erheblich gestiegen sind, auf der anderen Seite das stattfindet, was die Soziologie als neue Prekarisierung der Arbeitswelt beschreibt. Für immer mehr Menschen bis in den Mittelstand hinein wird es normal, dass man mit einer gebrochenen Erwerbsbiografie leben muss, dass einen Empfindungen der Existenzunsicherheit durch das Leben begleiten und man entsprechende Konsumzurückhaltung übt. Da sind wir am Ende der Fahnenstange angelangt. Wir werden wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sehr bald umdenken müssen.

Was müsste sich denn ändern?

Wir brauchen nicht mehr eine Politik, die einseitig die Märkte dereguliert und den Wettbewerb intensiviert und damit den Leistungsdruck auf die Menschen erhöht, sondern eine Politik der Sachzwangsbegrenzung, die einen Ausgleich schafft zwischen der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit einerseits und Kriterien der Lebensqualität, der sozialen Sicherheit, der Integration andererseits. Das bedeutet aber, dass wir uns von der einseitigen Wachstumsorientierung der Wirtschaftspolitik verabschieden müssen.

Das Wachstumsmodell hat uns allen Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Warum sollten wir uns von ihm abwenden?

Wenn Wirtschaftswachstum die soziale Frage tatsächlich lösen könnte, müssten angesichts der unglaublichen Steigerung der materiellen Güterproduktion und des Wohlstands die sozialen Probleme längst gelöst sein. In Wirklichkeit haben wir die soziale Frage nur immer wieder «modernisiert».

Das ist eine Folge des Wettbewerbs als Grundprinzip des Marktes.

So ist es. Über die Wettbewerbspolitik hinaus sollte sich gute Ordnungspolitik zugleich auch als «Vitalpolitik» verstehen, die sich an den ausserökonomischen, sinngebenden Zwecken des Wirtschaftens orientiert. Das ist nicht nur eine Frage der Rahmenordnung des Marktes, sondern letztlich eine kulturelle Frage. Unser Umgang mit den modernen Spielzeugen der Marktwirtschaft ist quasi noch pubertär: Wir wollen immer mehr vom selben - mehr Güter, mehr Geld -, anstatt uns auf das zu besinnen,

was uns selber zuträglich ist und vereinbar ist mit den Leitideen der Gesellschaft, in der wir leben möchten.

Würde ein System, das ohne Wettbewerb auskommt, die Probleme lösen?

Das sicher nicht. Unsere komplexe arbeitsteilige Wirtschaft ist auf Marktkoordination angewiesen. Es geht doch längst nicht mehr um die alte Systemfrage des Kalten Krieges, ob wir für eine Markt- oder für eine Planwirtschaft sind, sondern um die Frage, nach welchen Kriterien die Anreizstrukturen des Marktes definiert und politisch etabliert werden sollen. Der Markt an sich ist nur ein Mechanismus, der noch keine marktwirtschaftliche Ordnung spezifiziert. Hinzu kommt, dass nicht überall im Leben das Marktprinzip herrschen muss. Wir sind uns ja einig, dass etwa in der Familie nicht das Konkurrenzprinzip, sondern das Solidaritäts- und Freundschaftsprinzip herrschen soll. Wo wir uns aber gesellschaftlich für das Koordinationsprinzip Markt entschieden haben, weil wir die Effizienzvorteile geniessen wollen, sollte nichts anderes als die bessere Leistung im Wettbewerb zählen.

Trotzdem scheinen sich Vitalpolitik und Wettbewerbspolitik schlecht zu vertragen.

Eine Vitalpolitik, die sich an ausserökonomischen Kriterien orientiert, und eine Wettbewerbspolitik, die auf effizient funktionierende Märkte setzt, müssen nicht Gegensätze sein. Wir sollten sie vielmehr in einer vertikalen Ordnung sehen: Wir sollten intelligent und nachhaltig die Rahmenbedingungen definieren und dann innerhalb dieses Rahmens eine konsequent auf Leistung ausgerichtete Wettbewerbspolitik durchsetzen.

Sie fordern eine Umkehrung der Wertordnung?

So ist es. Manche eindimensional denkenden Wirtschaftspolitiker und Ökonomen möchten die Vitalpolitik am liebsten gänzlich der Effizienzpolitik unterordnen, aber es kommt ihnen die Realpolitik in die Quere, die den sozialstaatlichen Ausgleich verlangt. In Deutschland etwa haben wir die unselige Situation, dass Marktliberale und Sozialstatisten gegeneinander kämpfen. Es herrscht das Missverständnis vor, dass sich Liberalismus und soziale Gerechtigkeit ausschliessen würden. Auch das ist ein Erbe aus dem Kalten Krieg. Deshalb ist es eine kulturelle Herausforderung, intelligenter über ein sinnvolles Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft nachzudenken.

Wie könnte das knappe Gut Arbeit sinnvoll verteilt werden, damit alle an den Früchten des Fortschritts teilhaben können? Die berühmte «unsichtbare Hand des Marktes» hat ja offensichtlich versagt.

Diese unsichtbare Hand des Marktes ist deshalb unsichtbar, weil es sie nicht gibt! Nur hoffnungslose Harmonisten glauben heute noch an die Selbstregulierung der Märkte. Es gibt im Prinzip drei logische Gestaltungsansätze: Wenn es immer weniger an produzierten Gütern, aber immer mehr an Arbeitsplätzen mangelt, können wir als erste Option die knapper werdende Erwerbsarbeit fair verteilen. Diese Aufgabe kann genauso wenig einem freien Markt überlassen werden wie die Einkommensverteilung. Das gilt insbesondere dann, wenn wir nicht beliebige Erwerbsarbeit meinen, sondern menschenwürdige Arbeit, die zugleich ein Einkommen verschafft, von dem man anständig leben kann. Arbeit soll ja auch Freude und Befriedigung verleihen und nicht bloss Mittel für den Zahltag sein.

Arbeit umverteilen - das erinnert an den Sozialismus, der sich wegen fehlender Effizienz selbst widerlegt hat.

Tatsächlich wird in der Regel der Einwand erhoben, dass dies hohe Effizienzverluste für die Volkswirtschaft mit sich bringen würde. Betrachten wir daher eine zweite Lösungsmöglichkeit für das Problem, die der ersten entgegengesetzt ist: Wir können die historische Koppelung der Verteilung von Erwerbsarbeit und Verteilung von Einkommen ein Stück weit lösen, indem wir die bisherige sozialstaatliche Umverteilung zur Linderung von Einkommensschwäche, die im Nachhinein stattfindet, durch eine zweigeteilte primäre Einkommensverteilung ersetzen. Eine erste, demokratisch-politisch zu bestimmende Tranche des Sozialprodukts wird in einheitlichen Kuchenstücken allen Bürgern als ein Sockeleinkommen gewährt, und zwar ohne diese Leistung an Bedingungen zu knüpfen. Davon profitieren würden alle Personen, die in einem Land leben und arbeiten und Steuern zahlen; ich nenne sie Wirtschaftsbürger. Der Rest des Bruttosozialprodukts würde weiterhin über die Arbeitsmärkte verteilt.

Auch dieses Konzept erinnert an den Sozialismus.

Im Gegenteil! Die Idee eines bedingungslosen Sockeleinkommens ist nicht sozialistisch oder kollektivistisch, sondern urliberal. Im Liberalismus soll der Tüchtige belohnt werden, der aufgrund eigener, persönlicher Leistung erfolgreich ist. Das Leistungsprinzip soll also die Unterschiede in den Einkommen begründen. De facto ist es aber so, dass in den sich liberal nennenden Gesellschaften noch immer teilweise das Feudalprinzip herrscht: Wer das Glück hat, in eine wohlhabende Familie hineingeboren zu werden, hat deutlich bessere Lebenschancen, ohne dass sich dies mit dem Leistungsprinzip begründen liesse. Das ist nicht fair. Die Idee eines bedingungslosen Sockeleinkommens ist begründbar als ein bescheidener Beitrag für jede Generation, einen gewissen Chancenausgleich herzustellen. Echte Liberale waren stets klare Befürworter einer Erbschaftsbesteuerung. Damit könnte man ein solches Bürgergeld teilweise finanzieren.

Politisch ist das wohl kaum realisierbar.

Natürlich würde der politische Wille zu einer solchen Leistung einen Gerechtigkeits- und Solidaritätssinn derjenigen verlangen, die es heute aus eigener Kraft oder dank Erbschaft zu Wohlstand bringen. Dass die Reallöhne dadurch weniger auseinanderdriften könnten, wäre auch volkswirtschaftlich erwünscht. Auf den Arbeitsmärkten würde so ein neues Gleichgewicht hergestellt, ohne dass dies auf Kosten der Existenzsicherung der Menschen ginge.

Und die dritte Möglichkeit?

Das wäre die Schaffung eines Volkskapitalismus. Eigentum gilt als kostbar, weil es die Menschen unabhängig und frei macht. Daraus folgt aber, dass in einer freiheitlichen Gesellschaft möglichst alle Glieder der Gesellschaft Eigentum haben sollten. Das liefe auf das Ziel einer Property-owning Democracy hinaus, um es mit John Rawls, dem amerikanischen Begründer des politischen Liberalismus, zu sagen, also einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, deren sozioökonomisches Fundament eine Beteiligung aller Bürger am volkswirtschaftlichen Kapital und am Wohlstand ist.

Dieses Konzept vom Volkskapitalismus erinnert doch sehr an die Forderung von Karl Marx, die Produktionsmittel zu kollektivieren.

Finden Sie? (Lacht). Ich würde es überhaupt nicht so sehen. Marx hat einen fatalen Denkfehler gemacht: Er hat das Kind der bürgerlich-liberalen Errungenschaften mit dem Bad des Kapitalismus ausgeschüttet. Er hat nicht die nötige Wertschätzung für ein faires, sozialverträgliches Privateigentum entwickeln können, sondern den Fehlschluss gezogen, man müsse das Eigentum als solches abschaffen, um die Ausbeutung der Menschen zu überwinden. Im Gegensatz zu Marx will der Volkskapitalismus die Produktionsmittel nicht verstaatlichen, sondern alle Bürger wenigstens in bescheidenem Mass daran teilhaben lassen. Und wieder ist die Begründung urliberal: Dieses Bürgerkapital liesse sich als Sozialerbschaft oder als Sozialdividende begründen.

Wie liesse sich diese Umverteilung rechtfertigen?

Den Kapitalstock, den wir in unserer Volkswirtschaft vorfinden, haben unsere Vorfahren kollektiv erarbeitet. Das ist ein Privileg für das Land im Ganzen. Gerade in der Schweiz, wo wir davon ausgehen, dass es weder eine abgehobene Oberklasse noch eine marginalisierte Unterschicht gibt, entspräche es wahrhaftigem «bürgerlichem» Denken, für eine gleichmässiger Vermögensverteilung im Land besorgt zu sein. Das hätte den Effekt, dass mehr Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben, sich als Selbständige eine Existenz aufbauen oder sich dank ihres Vermögens auch einmal erlauben könnten, die Prioritäten anders zu setzen und weniger zu arbeiten. Das gäbe ein zusätzliches Stück echter Bürgerfreiheit.

Seite drucken

Seite versenden